

**Beschluss des 6. Landesparteitages
der 1. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 25./26.11.2017 in Ilmenau**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

Sozial, demokratisch und sozialistisch: Für eine starke Linke!

Am 24. September 2017 haben die Wählerinnen und Wähler die Koalition aus CDU/CSU und SPD abgewählt. Die Parteien in der Regierung haben Millionen Stimmen verloren. Die Verluste der CSU sind besonders drastisch: ein Minus von 10,5 Prozent. Massiv hat die CDU/CSU Stimmen an die extrem rechte AfD verloren. Die Wahl war eine Wahl gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Doch sie wurde nicht wegen ihrer Politik der sozialen Spaltung abgewählt, sondern wegen der - mit ihrem Namen verbundenen - Flüchtlingspolitik. Vor der Wahl war ihr eine deutlich höhere Zustimmung prognostiziert worden. Doch die „Anti-Merkel“-Stimmung, die selbst Gewalttaten von rechts gegen CDU-Mitglieder beförderte, hat ihrer Partei massiv geschadet. Verschärfend dürfte die teils unklare Positionierung und Abgrenzung der CDU/CSU gegenüber der AfD und ihren Positionen gewirkt haben. Gerade dort, wo die Union Standpunkte der Rechtspartei prononciert übernahm (etwa in Bayern und Sachsen), waren die Verluste an die AfD besonders deutlich.

In Thüringen hat die CDU landesweit und flächendeckend massive Verluste erlitten. Sie verlor etwa 10 Prozentpunkte. Offenbar belohnen Wähler_innen den Dagegen-Kurs und den politischen Krawall unter dem Vorsitzenden Mike Mohring nicht. Gegen alles zu opponieren und keine Vorschläge für die Gestaltung Thüringens einzubringen, führt zu keinem Erfolg. Auch der zeitweise Flirt mit der AfD gegen Rot-Rot-Grün im Parlament und auf der Straße sowie die Versuche, mit einem zahnlosen „Heimatministerium“, konservativen Gesinnungsaufsätzen oder hysterischen Ausfällen gegen den LINKEN-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu punkten, führten bisher ins Leere. Konstruktive Politik ist nicht mehr auszumachen. Die Daueropposition gegen #r2g ist kein Erfolgsrezept, sonst hätten die Verluste der Linkspartei zu einer Stärkung der CDU führen müssen.

Für DIE LINKE Thüringen ist klar: Die CDU ist als Teil des demokratischen Spektrums ein wichtiger Partner für die Verteidigung grundlegender Werte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Parlamentarismus gegen immer schrillere Töne von Rechtsaußen. Tätliche Angriffe gegen Politiker_innen und Wahlkämpfer_innen der CDU sind auch Angriffe auf in anderen demokratischen Parteien und Zusammenhängen politisch Engagierte. Gleichwohl ist die CDU mit ihrer konservativen Politik, die in die Vergangenheit zurück will, ihrem Filz und ihrem Kurs der sozialen Spaltung und Bereicherung der oberen Teile der Gesellschaft unser zentraler Kontrahent in der politischen Auseinandersetzung um eine gute Zukunft für die Thüringerinnen und Thüringer. Uns scheidet die Frage: Wollen wir Gesellschaft fortschrittlich gestalten oder konservativ verwalten?

Auch die SPD erlebte zur Bundestagswahl einen Absturz sondergleichen. Ihr Ergebnis zeigt, dass sie derzeit kaum mehr über die für eine klassische Volkspartei notwendige Basis verfügt. Für DIE LINKE ist die SPD als politischen Partner notwendig, wollen wir gesellschaftliche und politische Mehrheiten links der Union schaffen. Setzt sich die Entwicklung der SPD jedoch fort, werden wir uns darauf einstellen müssen, wesentliche Teile des Wähler_innenpotenzials durch eine gezielte Ansprache an uns zu binden, soll es dauerhaft eine starke und handlungsfähige Linke geben. Auch in Thüringen hat die SPD verloren. Auch hier sind die SPD sowie Bündnis90/Die Grünen für uns wichtige Partner, für eine soziale und progressive Politik insbesondere im Parlament, aber auch außerparlamentarisch in der Gesellschaft.

Die Demoskopen lagen im Vorfeld der Bundestagswahl wieder einmal falsch: Die Abwahl der großen Koalition, die Verluste der Regierungsparteien und die Erfolge der kleineren Parteien sprechen gegen

einen vorherrschenden Wunsch nach politischer Stabilität und einfachem „Weiter-so“. Doch der Wunsch nach Veränderung war in diesem Fall keine Forderung nach progressiver Politik, der zum Beispiel in einer stärkeren LINKEN oder einer Mehrheit für Rot-Rot-Grün Ausdruck hätte finden können. Es war der Wunsch nach einem verschärften Kurs in Fragen von innerer Sicherheit, Zuwanderung und der Formulierung deutscher Interessen in Konkurrenz zu anderen Menschen – sowohl nach Außen, zum Beispiel im Kurs der FDP gegenüber Südeuropa, als auch nach Innen, zum Beispiel in den Forderungen von Union und AfD in der Migrationspolitik. Es war der Wunsch nach reaktionärer Veränderung. Es war der irrationale Glaube, eine Stimme für die AfD könnte Merkel aus dem Kanzleramt vertreiben.

Der Einzug einer extrem rechten Fraktion in den Deutschen Bundestag war eine Zäsur – eine Zäsur mit Ansage. Denn die Stärke der AfD war vorhersehbar. Die vergangenen Landtagswahlen in Ost und West, die mediale Dauerpräsenz der Rechtspartei und die völlige Überlagerung anderer politischer und sozialer Themen durch die reaktionären Themen der AfD machten die Entwicklung klar. Wir müssen dafür sorgen, dass die Mehrzahl der Menschen erkennt, dass die Abweisung von Flüchtlingen nicht zu einer Verbesserung ihrer Lebensumstände führt (prekäre Beschäftigung, Hartz IV, Altersarmut, Renten).

Die Hoffnung, dass sich die AfD wie andere Parteien der extremen Rechten selber zerstören wird oder sie allein durch das Enttarnen ihres rechten und teils neofaschistischen Kerns zu schwächen ist, geht fehl. Die Partei wird mehrheitlich nicht gewählt, obwohl sie rechts und rassistisch ist, sondern weil sie rechts und rassistisch ist. Wir müssen davon ausgehen, dass die AfD in weiten Teilen Deutschlands mittlerweile verankert ist und nicht mehr einfach zurückgedrängt werden kann. Für DIE LINKE heißt das aber nicht, die Partei zu akzeptieren oder den Fehler zu begehen, sich ihren Themen oder ihrem Agieren zu öffnen. Antifaschismus und Antirassismus sind ein Kern unserer Partei.

Überdurchschnittliche Stärken der AfD finden wir in den neuen Bundesländern und in weiten Teilen des Südwestens der Bundesrepublik. Es ist notwendig, Rassismus und rechte Einstellungen als zentrales Motiv bei der Wahl der AfD zu analysieren, ohne dabei moralische und politische Überheblichkeiten gegenüber den Wähler_innen an den Tag zu legen und Türen für Dialog und Veränderungen mit ihnen zuzuschlagen. Ein Ziel muss es sein, nicht-rassistischen Protest weiterhin und wieder von links zu forcieren. Auch der Hinweis, es handele sich bei den AfD-Erfolgen vorrangig um ein Phänomen ländlicher oder sogenannter „abgehängter“ Regionen geht fehl: Einerseits gibt es auch in wirtschaftlich prosperierenden Regionen in den alten Bundesländern hohe AfD-Erfolge, andererseits gibt es extrem ländlich geprägte Regionen, in denen die Rechtspartei kaum Erfolge einfahren kann. Den Rassismus als Kern der AfD zu verneinen und vorrangig diffusen Protest als Motiv für die Wahl der Partei zu analysieren, verharmlost die jüngsten Entwicklungen. Auffällig ist, dass die starken AfD-Regionen Überschneidungen mit jenen Bundesländern aufweisen, die in jahrzehntelanger Kontinuität konservativ regiert wurden und entsprechende Orientierungen durch staatliche Institutionen, Regierungspraxis, Tradierungen und Geschichtspolitik Lebensrealität wurden. In Thüringen wird deutlich, dass die offen extrem rechten Positionen der hiesigen AfD dem Zuspruch keinen Abbruch tun. Sie werden mindestens trotzdem, zunehmend aber offenbar wegen ihrer Positionen gewählt. Jedoch hat ihre Mobilisierungsfähigkeit auf den Straßen sichtlich abgenommen.

Die abstrakte Anrufung von „Sozialer Sicherheit“ hatte bei dieser Wahl keinen Erfolg – weder für die SPD noch für DIE LINKE, obwohl diese einen deutlichen Vorsprung bei der Glaubwürdigkeit in diesem Themenfeld hat. Zentrale Themen der Wahl waren (Un-)Sicherheiten, Kontrolle und Flüchtlinge, wenn man dem Themen-Setting der großen Talkshows glaubt. Dabei wurde Sicherheit vor allem als innere Sicherheit verstanden, nicht als soziale Sicherheit oder als Planbarkeit des Lebens. DIE LINKE kämpfte im Wahlkampf gegen breit verankerte politische Emotionen. Dabei stand die Stimmungslage oft in keinem direkten, rationalen Zusammenhang mit den realen Wirtschafts- und Sozialdaten. Aber diese stehen in wesentlichen Teilen der Gesellschaft dem tatsächlich Erleben und den sozialen Lebensrealitäten vieler Menschen entgegen: Angst vor sozialem Abstieg, kaum Planbarkeit des

Lebens, prekäre Beschäftigung, Altersarmut, usw. Selbst jene Menschen, die ihre eigene Situation positiv einschätzen, erleben die ungleiche Verteilung von Einkommen und Besitz Tag für Tag oder in ihrem direkten Umfeld von Familie, Kolleg_innen und Bekannten.

Zu den emotional prägenden Themenbereichen gehören – neben den in einigen Regionen Thüringens spezifischen Themen Gebietsreform und dem Bau von Windkraftanlagen - die Fragen eines komplexen und perspektivischen (Un-)Sicherheitsgefühls, das wesentlich von Verlustängsten um die in der eigenen Wahrnehmung bewährten Strukturen geprägt ist (Flüchtlingsaufnahme, Europa, Globalisierung, Reform der staatlichen Verwaltung usw.). Die AfD trifft somit neben dem bekannten rechten Einstellungspotential auf eine Grundstimmung der Verunsicherung ob des Fortbestehens der - nach dem nach 1989/'90 bereits einmal erlebten tiefen Einschnitt in persönliche und gesellschaftliche Lebensbedingungen - entstandenen sozialen und sozio-kulturellen Strukturen. Es ging um Kontrolle und Sicherheit gegenüber Einwanderung, gegenüber Gefahren von außen – gegenüber den Flüchtlingen, die als Boten des Übels der Welt gedeutet wurden. Es ging nicht um eine solidarische Verteidigung gegenüber Armut oder Ausbeutung, sondern um die Befürchtungen, Verlierer weiterer Globalisierung und vor allem der Digitalisierung von Arbeit zu werden.

DIE LINKE hat bundesweit mit einem Zuwachs von mehr als 500.000 Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielt. Dieser Gewinn speiste sich aus guten Ergebnissen in den alten Bundesländern, vor allem in den Großstädten und Zugewinnen in Berlin. Gewonnen hat DIE LINKE vor allem unter jüngeren Wähler_innen und Akademiker_innen. Schlechtere Ergebnisse erzielten wir bei Erwerbslosen und Arbeiter_innen. Wir müssen einen deutlichen Umbruch in unserer Wählerschaft feststellen. In Thüringen konnte DIE LINKE ihr seit 1990 nur zweitbestes Ergebnis einer Bundestagswahl erreichen. Der Umbruch unserer Wählerschaft prägt auch das Thüringer Ergebnis. Wir haben überdurchschnittlich in den aufstrebenden Städten abgeschnitten, wo ein jüngeres, akademisches und urbaneres Milieu beheimatet ist. Hier fielen die Verluste deutlich geringer aus, als im Landesdurchschnitt. In Jena konnten wir sogar Stimmen gewinnen. Der altersbedingte Verlust von Stammwähler_innen schreitet fort und kann bisher aufgrund der geringeren Zahl an jüngeren Wähler_innen in Thüringen nicht durch Erst- und Jungwähler_innen kompensiert werden. In ehemaligen Hochburgen, die von der dynamischeren Entwicklung der Zentren in Mittelthüringen abgehängt wurden oder durch eine eher industrielle Struktur geprägt sind, haben wir deutliche Verluste erlitten und liegen kaum noch über dem Landesdurchschnitt. Besonders verloren wir im ländlichen Raum.

Der Aufstieg der AfD steht in einem Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der LINKEN in den neuen Bundesländern. Besonders in infrastrukturell und sozial „abgehängten“ Räumen ist eine Parallelität unserer Verluste zu guten AfD-Ergebnissen erkennbar. Zu diesen Beobachtungen passen die Ergebnisse der Jenaer Studie „Arbeit und Leben in Ostthüringen“, in der ein Zusammenhang gefühlter sozialer Desintegration und Verfallswahrnehmung der Region mit Rassismus und Sozialdarwinismus festgestellt wurde. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung konnten DIE LINKE und das Mitte-Links-Spektrum in Thüringen kaum profitieren. Nur in Jena war offenbar eine demokratische Mobilisierung gegen die AfD erfolgreich.

Die Verluste in Thüringen sind nicht allein durch den demographischen Wandel und den Aufstieg der AfD zu erklären. Hinzu kommen weitere Faktoren, die sich in geringerem Maße negativ ausgewirkt haben. Unzufriedenheit mit einem Teil der Politik der Landesregierung gehört dazu. Wir haben es nicht vermocht, in drei Jahren aus der parlamentarischen Mehrheit eine gesellschaftliche Mehrheit zu erzeugen. Hinzu kommt ein nicht eingetretener Effekt, den wir im Wahlkampf unterstellt haben: Wir hatten gehofft, aus der Landespolitik mobilisierende Impulse für einen auch auf Bundesebene notwendigen und wünschenswerten Wechsel zu Rot-Rot-Grün hervorzurufen. Auch die nicht ausreichende Arbeit am Parteaufbau in Thüringen seit 2005 ist ein Faktor. Obwohl spätestens ab 2010 eine fundierte Debatte über strukturelle Probleme der Partei angestoßen wurde (u.a. Strategiepapier und Parteitagsbeschluss „Politik für eine Zukunft, die heute beginnt“ oder

„Strukturkonzept 2020“) folgte keine konsequente Praxis. Aus dem Wahlergebnis vom 24. September 2017 ist die dringende Aufgabenstellung für die gesamte Partei abzuleiten, begonnene Modernisierungen und Veränderungen nicht nur fortzusetzen, sondern einen Organisierungsschub der Partei zu beginnen. Diese strukturellen Probleme und die geringe Priorisierung des Parteaufbaus wurden - wie die Altersstruktur unserer Wählerschaft – bislang stets durch gute Wahlergebnisse überdeckt.

Es braucht künftig eine starke Orientierung, Verantwortlichkeit und Kommunikationslinie des gesamten Landesvorstandes gemeinsam abgestimmt mit Bodo Ramelow als profiliertesten LINKEN im Land. Auch unsere anderen Vertreter_innen in der Landesregierung haben durch ihre mediale Präsenz eine hohe politische Verantwortung für die öffentliche Darstellung und Wirkung der Partei in Thüringen.

Neben den wichtigen Kommunalwahlen 2018 und 2019 sowie der Europawahl 2019 muss für uns nun die Vorbereitung der Landtagswahlen 2019 ab sofort auf der Agenda ganz Oben stehen.

1. Bei der nächsten Landtagswahl 2019 ist unser Ziel, das Wahlergebnis des Jahres 2014 weiter auszubauen.
2. Ziel unserer Politik bis 2019 muss eine erneute Mehrheit für #r2g und die Fortsetzung der Rot-Rot-Grünen Landesregierung sein.
3. Wir werden LINKE Positionen stärken: Wir müssen inhaltlich unsere Politik weiterdenken und uns organisatorisch neu aufstellen. U.a. wollen wir die Verankerung der Partei in der Gesellschaft ausbauen.
4. Wir wollen, dass die AfD perspektivisch wieder aus den Parlamenten verdrängt werden.
5. Wir müssen aufhören, „Volkspartei im Osten“ mit „Partei für Alle“ zu verwechseln. Wir haben klare Adressaten und Zielgruppen unserer Politik, die wir durch spezifische Angebote und Aktivitäten erreichen können.

Dazu müssen konkrete Schritte eingeleitet werden:

1. Wir werden linke populäre und positiv besetzte Politik entlang von zentralen Erzählungen entwickeln, in die wir unsere fachspezifische Politik einordnen (zum Beispiel „Sozialstaatsgarantie“, „Sicher leben können“, „Keiner wird zurückgelassen“, „Gutes Arbeiten und Wirtschaften in Thüringen“ oder „Gerecht für Alle“). Das untermauern wir besser als bisher mit konkreten Vorhaben und politischen Projekten. Hier geht es nicht vorrangig um Öffentlichkeitsarbeit, sondern um eine schlüssige Konzeptionierung linker Politik und linker Praxis – von der Idee über die Umsetzung bis zur öffentlichen Begleitung. Wir müssen Antworten finden auf die zentrale Frage: Wie wollen wir künftig leben?
2. „Facherzählungen“, die nur bestimmte Gruppen erreichen, sind unerlässlich für die Ansprache spezifischer linker und links-offener Milieus. Sie müssen aber auf eine übergeordnete Erzählung bezogen werden. Ohne gezielte Ansprachen von Milieus verankern wir uns auch nicht weiter in der Gesellschaft.
3. Wir artikulieren deutlich wahrnehmbar als bisher die Forderung und den Anspruch, dass endlich tatsächlich die Anpassungen von Löhnen und Renten zwischen Ost und West vorgenommen werden. Dafür brauchen wir politische Konzepte, aber vor allem massiven politischen und gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung. Unser Anspruch: Weg mit der Diskriminierung des Ostens in dieser Legislaturperiode!

4. Das Verhältnis Regierung – Fraktion – Partei - Außerparlamentarisches muss vor dem Hintergrund der Regierungsarbeit neu austariert werden. Wir sind sowohl Regierungspartei im Land als auch gesellschaftliche Opposition. Im Sinne des strategischen Dreiecks gestalten wir das Hier und Jetzt, setzen auf Protest und Widerstand und Halten an der Vorstellung eines demokratischen Sozialismus als Gegenbild zur Ausbeutung im Kapitalismus fest. Dazu müssen wir den Blick von Parlament und Regierungsapparat ein Stück weit wieder auf die Gesellschaft richten. Das Verhältnis zu Gewerkschaften, ökologischen und sozialen Verbänden, antikapitalistischen Bewegungen, der Friedensbewegung sowie zu Wohlfahrtsverbänden, gilt es zu verbessern. Zu kulturellen wie intellektuellen Akteur_innen müssen Regierungsmitglieder, Fraktion wie Partei stabilere und konkretere politische Beziehungen aufbauen.
5. Es braucht zwingend eine bessere Kommunikation der Arbeit und der politischen Erfolge der Landesregierung und deren Einordnung in den Koalitionsvertrag „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“. Dazu brauchen wir eine Kommunikationsoffensive mit Wähler_innen und Sympathisant_innen, die gleichzeitig dialogische Formen mit Einzelnen einschließt, um uns gesellschaftlich auch jenseits organisierter Interessen zu verankern.
6. In unserer Neuorientierung müssen die für DIE LINKE neuen Milieus auch in unseren politischen Strukturen Berücksichtigung finden. So können neue Mitglieder der letzten Wochen und Jahre nicht einfach in alte Strukturen gepresst werden. An unsere veränderte Mitglieder- und Wähler_innenzusammensetzung angepasst müssen wir unsere Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen weiterentwickeln. Dies bedeutet auch bisherige Entscheidungen zu Aufgaben der Kreisverbände und des Landesverbandes zu überdenken. In einigen Fragen erscheint uns Zentralisierung sinnvoll (z.B. Mitgliederverwaltung). Wichtiger ist aber eine Debatte gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden sowie (Landes-)Arbeitsgemeinschaften über Strukturen, die neue und jüngere Gruppen von Mitgliedern ansprechen und in die Parteiarbeit einbinden können. Dazu bedarf es möglicherweise auch der Prüfung von Satzungen und Finanzordnung.
7. Ein künftiger Landesvorstand muss in der Breite und nicht nur durch den geschäftsführenden Vorstand mehr Führungsverantwortung für die Partei übernehmen – das heißt unter anderem auch Orientierung in den politischen Alltagsfragen kollektiv zu entwickeln. Diese Debatten sind nicht allein Aufgabe des geschäftsführenden Vorstands oder gar von Mitgliedern der Landtagsfraktion. Dazu müssen verständliche Leitlinien, etwa beispielsweise zum Umgang mit der AfD, mit einzelnen Entscheidungen der Landesregierung oder den Umgang mit neuen Bewegungen und neuen sozialen Phänomenen gegeben werden. Diese Orientierung soll Aktive, Mitglieder und Umfeld dabei stärken, vor Ort Auseinandersetzungen zu führen und mit anderen Milieus dialog- und konfliktfähig zu sein und für Erfolge der rot-rot-grünen Koalition und v.a. der LINKEN darin werben zu können. Dazu gehört auch die Debatte und Entwicklung eines Leitbilds „Thüringen 2040“, mit dem wir linke Landespolitik und -entwicklung beschreiben wollen, auch um konkrete Antworten auf die unterschiedlichen Entwicklungen einzelner Regionen in Thüringen und für eine Stärkung des ländlichen Raums und kleiner Städte mit konkreten Vorschlägen zu finden.
8. Wir brauchen mehr Politische Bildung, um unsere Mitglieder und Funktionsträger_innen zu qualifizieren. Ein guter Weg wurde mit den Grundlagenseminaren beschritten. Künftig müssen wir die Arbeit mit den Kreisvorstandsmitgliedern intensivieren, die spezifische Aufgaben erfüllen (Geschäftsführung, Mitgliederbetreuung, Politische Bildung, Kampagnen, etc.), um deren Arbeit vor Ort zu stärken und deren Anregungen und Erfahrungen auf zu nehmen. Ebenso braucht es einen regelmäßigen Austausch zwischen Mitgliedern von LAGen, Landtagsfraktion und Partei.

9. Wir brauchen eine effektivere Neuordnung der Mitgliederverwaltung und -betreuung – gerade auch vor dem Hintergrund eines massiven biographisch bedingten Umbruchs in der aktiven Mitgliedschaft und unter Funktionsträger_innen und den aktuell vergleichsweise vielen Neueintritten. Während es einigen Kreisverbänden gelingt, neue Mitglieder schnell vor Ort gut zu betreuen und effizient zu verwalten, kommt es anderswo zu Problemen – gerade bei Genoss_innen, die nicht-digital eintreten. Hier wird die Landesebene oft gar nicht informiert. Auch bei der Betreuung und Einbeziehung von Mitgliedern, der Nutzung der Datenbank „Linksaktiv“ und Gespräche bei Austritten braucht es neue Lösungen und mehr Engagement bei der Werbung und Betreuung von Mitgliedern. Wollen wir junge Menschen langfristig an uns binden und an unserer Arbeit aktiv beteiligen, braucht es Angebote für neue Formen des Engagements (Parteiarbeit als „social-event“ für unterschiedliche Generationen, andere Formen von Mitgliederversammlungen, mehr gezielte Kommunikation über Mobilgeräte, Mikroprojektförderung, ...) und bessere Vereinbarkeit von Beruf, Engagement und Freizeit. Denn Partei ist nicht nur Arbeit im Vorstand und Stadtratssitzung.
10. Zur aktiven Parteientwicklung gehört auch unser Jugendverband, die Linksjugend [solid] Thüringen. Der Jugendverband stellt einen wichtigen Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene dar. Denn gerade in Zeiten des demographischen Wandels, wie ihn die Partei gegenwärtig erlebt, ist ein organisierter Jugendverband wichtiger denn je. Gerade in Milieus und Strukturen, die für die Partei anderenfalls schwerlich zu erreichen sind, entfaltet er Bindungskräfte. Zudem besetzt er besondere Themenfelder, wie bspw. Hochschulpolitik, Antifaschismus oder Drogenpolitik und engagiert sich für Projekte wie das Azubiticket. Die Verbundenheit und Solidarität zwischen Partei und Jugendverband muss daher enger gestaltet werden. Dazu ist ein wechselseitiger kritisch-solidarischer Umgang miteinander notwendig.
11. Unsere Landearbeitsgemeinschaften können wichtige Instrumente für die Integration von aktiven Mitgliedern und Sympathisant_innen sein, ebenso für die Verankerung in der Gesellschaft, und dienen der inhaltlichen und politischen Weiterentwicklung unserer Partei. Wir werden die Arbeitsgemeinschaften unterstützen.
12. Zur Parteientwicklung gehört nicht nur der Blick in unseren Landesverband, sondern auch in andere Länder und den Bund. Als stabiler und vergleichsweise starker Landesverband haben wir hier eine hohe Verantwortung für die Entwicklung der gesamten Partei als verbindende und offene Mitgliederpartei. Streit in der Bundespartei hat negative Auswirkungen auch auf unsere Arbeit und unsere Wahlergebnisse. Wir werben, ebenso wie gegenüber den Menschen und den Wähler_innen auch in der Partei bundesweit für unsere Arbeit in der Regierung. Der Thüringer Landesverband hat sich in der Vergangenheit auch immer als Bindeglied zwischen Ost und West verstanden – wir sollten dies wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, unter anderem durch mehr Austausch und wieder wechselseitige Wahlkampfunterstützung voranbringen.
13. Der Wahlzyklus 2017 - 2019 ist mit der Bundestagswahl nicht so erfolgreich gestartet, wie erhofft. Allerdings gibt uns das Thüringer Ergebnis die Möglichkeit, die Instrumente für die Wahlkämpfe 2018 (hauptamtliche kommunale Amtsträger) und 2019 (Kommunal- und Europawahl) zu schärfen und anzupassen. Mit einer gemeinsamen politischen Strategie der linken Akteure in Landesregierung, Fraktion, Kommunalbereich und allen Ebenen der Partei wird es wahrscheinlicher, diese Wahlen erfolgreich zu gestalten. Diesen Auftrag muss der zukünftige Landesvorstand als Hauptaufgabe über die nächsten zwei Jahre begreifen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Ab heute ist Wahlkampf! Für eine starke Linke!